

nach können sie irgend welche militärisch gebotene Handlung durch wege-, bau-, feuer-, wasser- oder andere polizeiliche Verfügungen hemmen; sie müssen es daher ruhig geschehen lassen, wenn der Festungscommandant die Umgebung der Festung oder das ganze Festungsgebiet unter Wasser setzt, vorhandene Gebäude bei erklärtem Kriegszustande zerstört und andere an deren Stelle aufzuführen läßt, und wenn er, gleichfalls bei erklärtem Kriegszustand, die Militär-, Civilverwaltungs- und Gerichtsgewalt in sich vereinigt¹.

Sollen neue Festungen angelegt werden, so steht dem Reiche das Recht zu, den dazu erforderlichen Grund und Boden zu enteignen. Dies ist unstrittig²; es ist aber unrichtig, wenn behauptet wird³, daß die Enteignung nach den Gesetzen des betreffenden Bundesstaates vor sich gehen muß, in welchem der Bau geschieht. Gewiß wird das Reich nicht ohne Entschädigung privates Grundeigenthum aufheben; andererseits ist es nicht gezwungen, das weitestgehende Enteignungsverfahren nach dem betreffenden Landesrechte durchzuführen; vielmehr steht es bei ihm, selbst vorzuschreiben, wie und in welchen Formen die Entschädigung festzusetzen ist. Ich nehme an, daß der Kaiser ohne Weiteres, und ohne durch den etwaigen Einspruch der Bundesstaaten oder der Privateigenthümer gehindert zu sein, die Anlage und Erweiterung von Festungen auf Grund des Art. 65 der Reichsverfassung verfügen kann, und daß es dagegen keine Instanz und keinen Aufschub giebt, daß aber andererseits nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Reich Jedem, der in seinen Vermögensrechten dadurch irgendwie verletzt ist, vollen Schadenersatz leisten muß und daß über die Höhe desselben die ordentlichen Gerichte entscheiden.

Das Recht des Kaisers ist durch das Budgetrecht, das Ausgabenbewilligungsrecht des Bundesraths und des Reichstages, beschränkt. Ohne Etatsgesetz, ohne Zustimmung von Bundesrath und Reichstag, kann der Kaiser Geld für Festungszwecke nicht ausgeben. Er kann auch ohne Zustimmung von Bundesrath und Reichstag Festungsgrundstücke nicht veräußern und jedenfalls über den Erlös, welcher aus dem Verfaufe solcher Grundstücke erzielt ist, nicht ohne Zustimmung von Bundesrath und Reichstag verfügen⁴. Solange der Kaiser den Betrag zu seiner Verfügung hatte, welchen ihm Art. 62 der Reichsverfassung zusprach (225 Tblr. für jeden Kopf der Friedensstärke) und soweit er aus diesem Betrage die Kosten der Anlage oder Veränderung von Festungen bestreiten konnte, brauchte er die Zustimmung von Bundesrath und Reichstag zu solchen Kosten nicht. Zur Zeit braucht der Kaiser, wie oben bemerkt ist, wegen der Geldausgaben die Zustimmung dieser beiden Körperschaften auch bei Festungsanlagen.

Die Festungen sind Reichsfestungen, das dazu gehörige unbewegliche wie bewegliche Vermögen ist Reichsvermögen⁵. Es dies unstrittig und z. B. in Art. 8 der Militärconvention mit Sachsen vom 7. Februar 1867 anerkannt.

Eine Ausnahmestellung nimmt Bayern ein. Die bayerischen Festungen sind Eigenthum des bayerischen Staates. Es ergibt sich dies n. A. aus den §§ 1 und 2 des Schlußprotokolls zum Bündnißvertrag mit Bayern und ist auch dadurch vom Bundesrath anerkannt, daß nach dessen Erklärung (Protokolle 1879, S. 109) das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der zum dienlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände, vom 25. Mai 1873 (R.-G.-Bl. 1873, S. 113) bezüglich der Militär-, Post- und Telegraphenverwaltung auf Bayern keine Anwendung findet. Selbst wenn auf Reichskosten neue Festungsanlagen in Bayern gemacht werden, treten diese — nach § 2 in XIV des Schlußprotokolls — bezüglich ihres immobilien Materials in das ausschließliche Eigenthum Bayerns, während ihr mobiles Material Reichseigenthum wird.

Weber gegen den Willen des Königs von Bayern noch gegen den des Königs

¹ Siehe oben S. 476 f.

² Seyditz, Comm. S. 372.

³ Siehe Gelek, betreffend die Geldmittel zur Anlage und Ausbesserung von deutschen Festungen, vom 30. Mai 1873 (R.-G.-Bl. 1873, S. 123), ferner Gelek, betreffend die französische

Kriegskosten-Entschädigung, vom 8. Juli 1872 (R.-G.-Bl. 1872, S. 269).

⁴ Siehe auch Gelek über die Rechtsverhältnisse der zum dienlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände vom 25. Mai 1873 (R.-G.-Bl. 1873, S. 113), oben S. 431 f.